

NRW konsequent klimagerecht: Klimaneutralität 2040 & keine Gasbohrungen vor Borkum!

Die GRÜNE JUGEND NRW fordert, dass das verpflichtende Ziel der Klimaneutralität in Nordrhein-Westfalen von 2045 auf 2040 vorgezogen wird. Nur, wenn Bund, Land und Kommunen gemeinsam handeln, kann dieses Ziel erreicht werden. Wir haben keine Zeit mehr für halbe Sachen. Klimagerechtigkeit bedeutet, dass wir jetzt handeln. Es geht um nichts weniger als unsere Lebensgrundlagen.

Es soll ein Transformationsrat NRW 2040 eingerichtet werden. Dieser soll mit Beteiligung von Zivilgesellschaft, Beschäftigten, Gewerkschaften, Wissenschaft und Unternehmen Empfehlungen ausarbeiten. Klimaneutralität 2040, Beschäftigungssicherheit und ökonomische Stabilität gehen zusammen! Der sozial-ökologische Umbau gelingt nur, wenn er gerecht gestaltet wird. Das bedeutet: Gute Arbeitsbedingungen, sichere Jobs und Mitbestimmung der Beschäftigten. Klimaschutz darf nie gegen soziale Sicherheit ausgespielt werden. Über diesen Transformationsrat sollen verbindliche Sektorenziele erarbeitet werden.

NRW ist europäische Spalte beim Ausbau der Windenergie, der PV-Zubau hat einen echten Aufschwung, wir steigen früher aus der Kohle aus und wir investieren in Grünen Stahl. Das sind große Erfolge von Bündnis 90/Die Grünen in der Landesregierung, die wir ausdrücklich anerkennen und würdigen.

Uns ist jedoch klar: NRW als Industrieland kann das ambitionierte Ziel 2040 nicht schaffen, ohne dass die Bundesregierung aus ihrem Dornröschenschlaf aufwacht und die notwendigen Rahmenbedingungen schafft. Sie muss jetzt liefern! Dazu gehört der Ausbau von Strom- und Wasserstoffnetzen, ein sozial-gerechter CO2-Preis mit echter Lenkungswirkung und sozialer Rückvergütung oder der konsequente Ausstieg aus allen fossilen Energien. Unsere Position ist klar: Finger weg vom Ausstiegsdatum 2035 für den fossilen Verbrennungsmotor! Finger weg vom vereinbarten Kohleausstieg 2030!

In all diesen Themen muss Nachhaltigkeit endlich wieder die zentrale Bedeutung haben. Wir erwarten von allen Teilen der Landesregierung, dass sie sich dafür und gegen das fossile Rollback einsetzt. Gegen das fossile Rollback kann sich die NRW-Landesregierung auch gerade im Bundesrat einsetzen: Ob vor Borkum nach Gas gebohrt wird oder nicht, entscheidet der Bundesrat und damit auch die NRW-Landesregierung. Zum Hintergrund: Das Gasfeld vor Borkum befindet sich je zur Hälfte unter der niederländischen und der deutschen Nordsee. Deshalb braucht es ein Unitarisierungsabkommen zwischen Deutschland und den Niederlanden und dieses Abkommen ist ein Vertragsgesetz und braucht deshalb die Zustimmungen vom Bundestag und vom Bundesrat. Die Landesregierungen mit grüner oder linker Beteiligung haben die absolute Mehrheit im Bundesrat und damit die Möglichkeit, zusammen die Gasbohrungen vor Borkum zu verhindern. Dieses Projekt hätte massive negative Auswirkungen auf das Klima, das maritime Ökosystem und Borkum. Wir, als GRÜNE JUGEND NRW, fordern die Bundesratsmitglieder von Bündnis 90 die Grünen auf sich, bei der Abstimmung im Bundesrat über das Unitarisierungsabkommen, zu enthalten und somit die Gasbohrungen vor Borkum zu verhindern. Die Grünen NRW müssen ihre Verantwortung für wirksamen Klimaschutz überall ernst nehmen - ob im Bundesrat, in der Landesregierung oder den Kommunen.

Wer eine Rechnung nicht bezahlt, gerät in Zahlungsverzug und kann nicht erwarten, dass geliefert wird, was bestellt wurde. In diesem Sinne darf sich die schwarz-rote Bundesregierung nicht mehr vor ihrer Pflicht zur Unterstützung der Kommunen drücken, um stattdessen die Wahlgeschenke der CSU zu finanzieren. Damit meinen wir sowohl, dass für eine grundsätzlich bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen gesorgt sein muss, als auch, dass gezielt bei der Umsetzung von Klimaschutz mehr unterstützt wird.

Es braucht einen kommunalen Klimapakt, um sicherzustellen, dass die Städte und Gemeinden die notwendigen finanziellen und strukturellen Voraussetzungen haben, um die Klimaneutralität spätestens 2040 zu erreichen. Dafür müssen Investitionen der Kommunen in Klimaschutz und Klimaanpassung von der Schuldenbremse ausgenommen werden. Investitionen in unsere Zukunft und die Bewohnbarkeit unseres Planeten dürfen nicht an veralteten Schuldenregeln scheitern. Klimapolitik funktioniert nur, wenn sie vor Ort in unseren Nachbarschaften spürbar wird. Wenn der Marktplatz Grüner wird, wenn der Bus öfter fährt, wenn die Stadt kühler wird.

Viele Städte und Gemeinden haben in den letzten Jahren Klimaschutzkonzepte, Mobilitätskonzepte, Klimaanpassungskonzepte, Wärmeplanungen, Sanierungskonzepte und vieles mehr erstellt. Es geht jetzt darum, dass konsequent und ambitioniert umzusetzen. Dafür müssen Förderungen langfristig planbar abgesichert werden, Mittel erhöht werden und die Fördermittelbeantragung einfacher und digitaler auf einem Förderportal vereinheitlicht werden. Das benötigt aktuell viel zu viele Kapazitäten, die wir im konkreten Umsetzen dringend brauchen! Auch das Bewilligen von Förderanträgen muss viel schneller gehen. Die Zeit zu warten haben wir nicht.

Einige Städte und Gemeinden in NRW wollen vor 2040 klimaneutral werden. Es muss gelten: Je schneller und ambitionierter, desto mehr Geld wird für die Umsetzung nötig. Hier muss durch eine gezielte Unterstützung ein Anreiz gesetzt werden.

Wir fordern mehr Tempo beim natürlichen Klimaschutz! Alle in öffentlicher Hand befindlichen Moore müssen wieder vernässt werden, wir brauchen eine Renaturierungsoffensive für Flüsse und wir müssen unsere Städte entsiegeln. Ein einfacher Hebel, der Schüler*innen direkt hilft, sodass sie es in Hitzesommern in den Schulen aushalten, sind grüne Schulhöfe. Für dieses Ziel wollen wir deutlich mehr Gelder bereitstellen. Auch bei Krankenhäusern oder Hochschulgebäuden gibt es noch viel Aufholbedarf, sodass sie energieeffizient und hitzeresilient werden.

Klimaschutz ist mehr als eine ökologische Frage. Es geht um Gerechtigkeit und Teilhabe. Dazu gehört auch das Thema Mobilität. Bessere Anbindungen und bezahlbare Tickets sind keine Widersprüche und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Das Deutschlandticket war ein Erfolg der letzten Bundesregierung, aber es ist für viele Menschen nicht mehr bezahlbar. Daher fordern wir als GRÜNE JUGEND NRW ein 365-Euro-Deutschlandticket für Schüler*innen, Auszubildende, Studierende und Wohngeldberechtigte.

Klimaschutz erfordert Bildung und Beteiligung. Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND NRW die Einrichtung eines Jugendklimarats NRW als beratendes Gremium der Landesregierung, um uns jungen Menschen eine Stimme bei der Gestaltung von Klimapolitik zu geben. Bildung für nachhaltige Entwicklung soll verbindlicher Bestandteil der Lehramtsausbildung werden.

Das Vorziehen der Klimaneutralität ist kein Symbolprojekt. Wer heute ambitioniert handelt, bewahrt die Handlungsmöglichkeiten der kommenden Generationen. Wir wollen diesen Weg mit Mut, Klarheit und Verlässlichkeit gehen und zeigen, dass ökonomische Stärke, sozialer Ausgleich und konsequenter Klimaschutz in einem Land wie Nordrhein-Westfalen kein Widerspruch sind.